

"Kritik der Taylorschen Philosophie des Multikulturalismus bei Kenan Malik"

Charles Taylors Haltung zu Multikulturalismus

Charles Taylor analysiert in *Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung* zwei unterschiedliche Ansätze der Politik der Anerkennung, die miteinander in Widerspruch geraten. Aus dem Übergang von einem mit Ungleichheit verknüpften Begriff der Ehre zu einem Begriff der jedem Menschen zustehenden Würde entstand eine Politik des Universalismus mit der zentralen Forderung gleicher Rechte für alle Bürger (vgl. Taylor 27). Aus der Anwendung der modernen Vorstellung einer individualisierten Identität, mit den zentralen Begriffen *Authentizität* und *Originalität* (vgl. Taylor 17ff) nicht nur auf Personen, sondern auch auf Völker, entstand eine Politik der Differenz, mit der zentralen Forderung nach Anerkennung der Besonderheit eines Individuums oder von Gruppen (vgl. Taylor 28).

Beide Ansätze haben eine universalistische Basis. Sie lehnen Verhältnisse ab, in denen es BürgerInnen zweiter Klasse gibt. Der Universalismus stellt sich dabei gegen Unterschiede zwischen einzelnen Bürgern blind (vgl. Taylor 30) und achtet das grundsätzliche Potential, das allen Menschen gemeinsam ist, unabhängig davon, was jeder einzelne daraus macht. Daraus entsteht ein Prinzip der Gleichachtung und die Forderung nach Differenz-blindem Verhalten (vgl. Taylor 33). Die Politik der Differenz achtet besonders die eigene individuelle oder kulturelle Identität und betont die Pflicht, verschiedenen Kulturen, so wie sie sich faktisch entwickelt haben, gleich viel Respekt entgegenzubringen (vgl. Taylor 32). Daraus entsteht die Forderung das Besondere anzuerkennen und sogar zu fördern (vgl. Taylor 33).

„Die erste Konzeption wirft der zweiten vor, sie verstoße gegen den Grundsatz der Nicht-Diskriminierung. Die zweite wirft der ersten vor, sie negiere die Identität, indem sie Menschen eine homogene, ihnen nicht gemäße Form aufzwingt.“ (Taylor 33f). Zudem trifft den Universalismus der Vorwurf zu übersehen, dass er selbst einer ganz bestimmten hegemonialen Kultur entstamme und subtil diskriminierend sei (vgl. Taylor 34).

Taylor bezieht über weite Strecken keinen Standpunkt, sondern analysiert Standpunkte anderer, erklärt die verschiedenen Ansätze und zeigt deren Problematik auf: *manche Feministinnen, die*

Verfechter der ursprünglichen Politik der Würde, Kritiker der der europäischen oder der weißen Vorherrschaft, Rousseau, Kant, die Politik der Differenz, bestimmte Formen des Liberalismus...

Stellung bezieht er anhand des Beispiels der praktischen politischen Arbeit an der Canadian Charter of Rights im Jahr 1982. Der Anspruch auf Besonderheit von Franko-Kanadiern der Region Quebec und verschiedener Gruppen von Ureinwohnern Kanadas musste zu einem Katalog von Rechten, der eine Basis für die juristische Überprüfung bieten sollte, in Beziehung gesetzt werden. Im Meech Lake Abkommen wurde vorgeschlagen, Quebec als *Gesellschaft mit besonderem Charakter* anzuerkennen, und damit die Möglichkeit zu eröffnen, die kanadische Verfassung in verschiedenen Landesteilen unterschiedlich zu interpretieren (vgl. Taylor 45f). In dieser Auseinandersetzung bildeten sich zwei Lager: auf der einen Seite die VertreterInnen einer *prozeduralen Republik*, die nur Entscheidungsvorgänge und keine Inhalte vorgibt, auf der anderen die VertreterInnen einer Gesellschaft mit kollektiven substantiellen Zielsetzungen, die dennoch respektiert, dass einige diesen Zielen nicht folgen. Dieser zweite Ansatz unterscheidet zwischen zu garantierenden Grundrechten und Vor- und Sonderrechten, die aus triftigen Gründen auch beschnitten werden können (vgl. Taylor 53). Der Rechte-Liberalismus kann den Fortbestand der Angehörigen von Gesellschaften mit besonderem Charakter nicht garantieren. Taylor schließt sich daher dem zweiten einem Liberalismus Modell an, das der Differenz gegen über aufgeschlossen ist, elementare Freiheiten garantiert, dabei aber Unterschiede nicht homogenisiert.

Er akzeptiert den Vorwurf, dass auch diese Form des Liberalismus keine kulturelle Neutralität für sich beanspruchen kann. Forderungen, dass wir allen Kulturen gleichen Respekt und Anerkennung schulden, weist er aus grundsätzlichen Überlegungen über Vergleichbarkeit zurück, hält sie aber für eine gute Ausgangshypothese im Studium anderer Kulturen (vgl. Taylor 65ff). Dies hält Taylor weniger für eine Frage des Rechts, als für die eines ethischen Anspruchs, den wir an uns selber haben können.

„Zwischen der unechten, homogenisierenden Forderung nach Anerkennung einer grundsätzlichen Gleichwertigkeit einerseits und der Selbsteinmauerung in ethnozentristischen Maßstäben andererseits muß es noch etwas anderes geben. Es gibt andere Kulturen, und wir müssen mit ihnen zusammenleben – weltweit und auch in der Vermischung innerhalb jeder einzelnen Gesellschaft.“ (Taylor 70).

Kenan Maliks Kritik des Multikulturalismus

Kenan Malik kritisiert in „Against Multiculturalism“ die beiden Hauptmotive der VerfechterInnen des multikulturalistischen Ansatzes und weist sie zurück: Multikulturalismus sei nicht die einzige Möglichkeit, eine tolerante und demokratische Politik sicherzustellen und Menschen hätten nicht ein notwendiges, fast biologisches Bedürfnis der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Kultur (Malik Abs. 4).

Wertpluralismus beurteilt Malik als logisch fehlerhaft. Wenn jeder Standpunkt, den wir einnehmen nur der, einer bestimmten Form des Lebens und der geschichtlichen Praktiken, die es konstituieren, ist, dann müsse das auch für den Pluralismus gelten (vgl. Malik Abs. 6). Zudem liefere das Prinzip der Differenz allein noch keinen Grund für Respekt, Indifferenz oder Hass und Missbrauch von anderen. Kulturen mit gleichem Respekt zu behandeln, bedürfe einer Vergleichbarkeit, eines universalen Maßes für die Gleichheit, das von einem pluralistischen Standpunkt aus nicht herstellbar sei (vgl. Malik Abs. 8). Die Idee der Gleichheit von Kulturen negiere unsere Möglichkeit zu sozialem, moralischem und technologischem Fortschritt (Malik Abs. 12).

Die europäische Renaissance und Aufklärung haben für Malik nicht nur andere, sondern bessere Konzepte, z.B. der wissenschaftlichen Methodik und der demokratischen Politik hervorgebracht. Die Europäer seien deshalb nicht bessere Menschen, aber viele Ideen und Philosophien der europäischen Renaissance und Aufklärung seien überlegen (vgl. Malik Abs. 12). Diesen Standpunkt als eurozentristisch oder gar rassistisch zu beurteilen, zeige nur die Irrationalität gegenwärtiger Vorstellungen von Rassismus und Antirassismus (vgl. Malik Abs. 13). „Those who actually fought Western imperialism over the past two centuries recognised that their struggles were rooted in the Enlightenment tradition.“ (Malik Abs. 13).

Malik behauptet, MultikulturalistInnen hätten sich nicht vom Universalismus abgewendet, weil seine Konzeptionen rassistisch seien, sondern weil sie jede Möglichkeit ökonomischen und sozialen Wandels aufgegeben hätten (vgl. Malik Abs.16). Menschen können zwar nicht außerhalb einer Kultur leben, aber sie müssen nicht innerhalb einer *bestimmten* Kultur leben. Menschen als kulturelle Wesen, seien soziale, und damit transformative Wesen. Sie haben die Fähigkeit zur Veränderung und zum Fortschritt, und können gerade mit ihrer Diversität durch Vernunft und Dialog zu gemeinsamen moralischen und politischen Formen finden (vgl. Malik Abs. 17).

Multikulturalismus sei das Produkt politischen Verlierens. Die Suche nach Gleichheit werde in wachsendem Maß für die Forderung in einer diversen Gesellschaft zu leben aufgegeben. Die Forderung nach Anerkennung werde zu einem Mittel der Einsetzung tief autoritärer Regelwerke (Malik Abs. 20).

Malik fordert für sich das Recht ein, Kulturen, die er als schlecht beurteilt, abzulehnen und wünschen zu dürfen, dass sie schwach werden und verkümmern (Malik Abs. 21).

Als Ironie des Multikulturalismus beurteilt er, dass dieser mit seiner Forderung von Toleranz und Respekt genau das untergrabe, was an kultureller Diversität wertvoll sei: Verschiedenheit, die erst politischen Dialog ermögliche, der dann zu universalen Werten und Überzeugungen führen könne (vgl. Malik Abs. 24).

In Maliks Vorstellung einer pluralen Gesellschaft haben Menschen im privaten Bereich volle Freiheit ihren verschiedenen Werten und Praktiken nachzugehen, in der öffentlichen Sphäre würden sie unabhängig von ihren privaten Unterschieden als politisch Gleiche behandelt (vgl. Malik Abs. 25).

Trifft Maliks Kritik die Taylorsche Philosophie des Multikulturalismus?

Taylor vertritt nicht explizit, dass seine Haltung des nicht-Differenz-blinden Liberalismus die einzige Möglichkeit sei, eine tolerante und demokratische Politik sicherzustellen. Er untersucht nur die verschiedenen Ansätze kritisch, und zeigt jeweils deren Vorzüge und Nachteile auf. Sein eigener Ansatz erscheint mir eher wie eine pragmatische Suche nach einer Kompromisslösung, nach einer Grundlage für ein friedliches Zusammenleben für alle, das gemeinsame politische Aktion möglich machen will. Taylor behauptet auch nicht, Menschen hätten ein biologisches Bedürfnis, in einer ganz bestimmten Kultur zu leben. Er nimmt nur die ihm real entgegengebrachten Haltungen von Gruppen ernst, deren ganzes Zusammenleben über einen längeren Zeitraum von einer bestimmten Kultur geprägt worden ist (vgl. Taylor 63). Er vertritt damit nicht die beiden Hauptargumente, die Malik den Multikulturalisten unterstellt (Malik Abs. 4). Dennoch führen die Haltungen von Taylor und Malik zu gravierenden Gegensätzen.

Taylor wendet sich von einem rein prozeduralen Ansatz ab, weil dieser den Fortbestand von Gesellschaften mit besonderem Charakter nicht garantieren kann. Er reagiert damit auf einen

politisch geäußerten Anspruch von Angehörigen dieser Gruppierungen, ohne diesen weiter zu kritisieren. Malik wendet sich entschieden gegen einen solchen Anspruch und begründet dies theoretisch. Aus der grundsätzlichen Kulturgebundenheit von Menschen könne keine Notwendigkeit der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Kultur abgeleitet werden. Er betont, dass Fortschritt und damit der Weg zu mehr Gleichstellung dadurch möglich wird, dass Menschen die *blinde Last der Tradition* (vgl. Malik Abs. 18) nicht ertragen müssen, und die Fähigkeit zur Veränderung haben.

Taylor hat versucht, seine Vorstellungen aktiv in realer politischer Arbeit im kanadischen Unterhaus umzusetzen. Dementsprechend beschreibt er seine dialogische Auseinandersetzung mit den Ansätzen politisch Verbündeter und politischer GegnerInnen. Er sucht einen theoretischen Unterbau für einen praktischen Kompromiss, der sowohl den Anspruch nach universalen, für alle geltenden Rechten, wie auch den nach dem Schutz der Besonderheit einzelner Gruppierungen, erfüllen kann. Dieser zweite Teil macht für Malik macht Aspekte des Privatlebens, die seiner Ansicht nach den Staat nicht kümmern sollten, zu öffentlich zu regelnden Angelegenheiten. Dies berge die Gefahr der autoritären Bevormundung der Menschen in allen Bereichen, weit über die notwendige staatliche Garantie gleicher Grundrechte für alle hinaus. Malik weist den Anspruch von Gruppierungen grundsätzlich zurück, ihre Besonderheit und deren Fortbestand durch staatliche Mittel zu garantieren.

Wo Taylor darauf eingeht, dass auch universale Werte aus einer bestimmten Kultur entstanden sind, und Forderungen stellen, die für andere Kulturen nicht annehmbar sein können, beurteilt Malik die Konzepte der wissenschaftlichen Methodik und der aufklärerischen Vernunft, die bestimmte Werte als universal postulieren, als weiter fortgeschritten und überlegen, und damit als berechtigt, sich durchzusetzen. Er begründet grundsätzlich, theoretisch, zeigt Pluralismus als logisch fehlerhaft auf, und bezieht daraus in der politischen Auseinandersetzung gegenüber Gruppen, die besondere Ansprüche staatlich geregelt haben wollen, einen harten Standpunkt.

Eigenartig scheint mir, dass für Malik, zumindest in dem hier besprochenen Beitrag, Machtverhältnisse keine Rolle zu spielen. Er geht nicht darauf ein, dass kulturelle Anpassungen von Menschen und das Verschwinden von Kulturen oft nicht freiwillig, und nach bewusster Entscheidung für vernünftigeren Werte und bessere Praktiken geschehen. Wenn Ureinwohner von einer zuerst offen gewalttätigen, später hegemonialen Kultur marginalisiert werden, und ihre

Lebensweise nach Kriterien dieser Kulturen, z.B. der ökonomischen Leistungsfähigkeit, beurteilt und abgewertet wird, geschieht deren Anpassung nicht, weil sie ihre Überzeugungen geändert haben. Für ihn scheinen solche Ungerechtigkeiten, die auf Machtunterschieden beruhen, kein öffentlich zu regelndes Thema zu sein.

Maliks Vorwurf, Multikulturalismus führe zu einer Vernachlässigung des politischen Strebens nach Gleichheit, trifft den Taylorschen Multikulturalismus meiner Ansicht nach nicht. Im Gegenteil halten die differenzpolitischen Anteile des Taylorschen Ansatzes die verschiedenen Gruppierungen in einem gemeinsamen politischen Dialog, auch über universale, für alle geltende rechtliche Regelungen. Die freiwillige Möglichkeit, die eigene Ursprungskultur zu verändern, oder sich von ihr abzuwenden, ist auch im Taylorschen Ansatz gegeben.

Literatur:

Malik, Kenan: Against Multiculturalism, New Humanist 2012,
http://www.kenanmalik.com/essays/against_mc.html (2017-05_30)

Taylor, Charles: Die Politik der Anerkennung, in ders.: *Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung*, (Mit Kommentaren von Amy Gutmann (Hg.), Steven Rockefeller, Michael Walzer, Susan Wolf und einem Beitrag von Jürgen Habermas), Frankfurt/M. 1993, 13-78